

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonell-Zelle 60. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von M. Breh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Mühlstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Der Weg zur Macht.

Ueber den Weg zur Macht streiten sich die Menschen seit Jahrtausenden. Es gibt keine Klasse und keine Nation, keine Partei, die nicht von dem Streben nach Macht besetzt wäre. Ja, jeder Einzelmensch strebt nach Macht und sucht nach dem kürzesten und sichersten Weg, sie zu erlangen. Wer Macht besitzt, will sie sichern und vermehren; wer keine besitzt, kämpft um ihren Erwerb. Mit ganz besonderer Energie kämpft die unterdrückte Klasse der Gegenwart, die Arbeiterklasse, um den Besitz der Macht. Sie kämpft zäher, energischer und sicherer als alle ihre Vorgänger, weil sie ihr Ziel klarer sieht, weil der Nebel ideologischer Vorstellungen, der das Ziel verhüllt und die Kämpfer irreführt, gefallen oder doch dünner geworden ist. Aber wenn auch die Gefahr, daß die um Macht ringende Klasse den nächsten und besten Weg zum Ziele verfehlt, geringer geworden ist, ganz geschwunden ist sie nicht. Und es ist deshalb durchaus gut, wenn die geistigen Führer der kämpfenden Schaar Ausschau halten und ihre warnende Stimme erheben, wenn sie glauben, daß ein falscher Weg eingeschlagen wird. Unter diesem Gesichtspunkte begrüßen wir auch das neueste Buch von K. Kautsky über den Weg zur Macht.

Damit ist aber nicht gesagt, daß wir auch mit dem Inhalt des Buches in allen Punkten einverstanden sind. Auch ein Pfadfinder kann irre gehen, und es scheint, als ob Kautsky mit manchen Partien seines Buches sehr weit vom Ziele abkommt. Das ist Kautsky seit Erscheinen des Buches schon von mehreren Seiten gesagt worden; leider hat sich die Polemik hierüber persönlich so zugespielt, daß sachlich wenig dabei herausgekommen ist. Und doch hätte gerade Kautsky — der unser Erachten an der persönlichen Zuspitzung schuld ist — gar keinen Anlaß zu unsachlichen Ausfällen. Sein reiches Wissen, seine überlegene journalistische und stilistische Routine und vor allem sein wunderbares Geschick, auf lockeren Hypothesen und brüchlichen Voraussetzungen bestechend gegliederte Gedankengebäude aufzuführen zu können, befähigen ihn durchaus zu einer sachlichen Vertretung seiner Anschauungen auch dann, wenn die Angriffe zahlreich und scharf sind.

Aber Kautsky überflieht fast alle sachlichen Einwendungen und schüttet nun über die Schächer, die ihm widersprechen, die Lauge seines Spottes aus, — und zwar aus — Nachlässigkeit. Doch das soll uns nicht hindern, auch hier einige Laieneinwände gegen das Ergebnis der Wegschau Kautskys geltend zu machen.

Kautsky behandelt einleitend die politischen Prophezeiungen. Er bezeichnet das Prophezeien, soweit es nicht ein müßiges Spiel ist, sondern vorsichtig und methodisch betrieben wird, als eine unerlässliche Tätigkeit für jeden denkenden und weiterblickenden Politiker. Und er verspottet die „geistlosen Routiniers“, die sich mit dem Glauben begnügen, daß alles so weiter gehen würde wie bisher. Er fügt dann hinzu: „Wohl sind die Mächte des Beharrens in der Gesellschaft ungeheuer groß, in neun von zehn Fällen wird daher anscheinend der Routinier recht behalten, wenn er im alten Trott weiterläuft, ohne sich viele Gedanken über neue Situationen und Möglichkeiten zu machen. Aber einmal tritt doch ein Ereignis ein, stark genug, die Mächte des Beharrens zu überwinden, die durch vorherige Vorkommen schon innerlich erschüttert wurden, wenn auch äußerlich noch alles beim alten blieb.“ Dazu wäre zu bemerken, daß der Glaube, es wird auf absehbare Zeit eine merkbare Umwälzung der Gesellschaft nicht eintreten, ebensogut das Ergebnis gewissenhafter und methodischer betriebener Forschungen, also eine Prophezeiung, und umgekehrt die Prophezeiung einer baldigen Veränderung die müßige Spielerei eines geistlosen Routiniers sein kann. Sollte aber das Merkmal vorsichtiger und methodischer Forschung darin bestehen, in zehn Fällen neun mal Unrecht zu haben, so ist uns, offen gestanden, der „geistlose Routinier“, der in zehn Fällen neun mal mit seiner Vorausage recht behält, lieber.

Einige Einwendungen hätten wir auch gegen die Ehrenrettung früherer Prophezeiungen, die Kautsky dann vornimmt. Er bezeichnet die Vorhersage einer Revolution für ein bestimmtes Jahr als „Idiotismus“ und verwahrt Engels und Bebel gegen den Vorwurf, solche Vorhersagen gemacht zu haben. Allerdings hat Bebel ein bestimmtes Jahr nicht genannt, aber als er auf dem Parteitage zu Erfurt (1891) erklärte: „Ich bin überzeugt, die Verwirklichung unsrer Ziele ist so nahe, daß Wenige im Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden“, da hat er ganz gewiß diese Verwirklichung nicht über das 19. Jahrhundert hinauschieben wollen. Und in einem Artikel des „Vorwärts“ vom selben Jahre heißt es: „Und wenn die Ereignisse diese Richtung nehmen, wird unsre Partei sich gegen das Jahr 1898 in den Besitz der Macht setzen können.“ Also ganz so unbestimmt, wie Kautsky es hinstellt, sind die Prophezeiungen nicht gewesen. Doch was nur nebenher.

Weit mehr als der Wert oder Unwert solcher Prophezeiungen der Vergangenheit interessiert uns das Ergebnis

gewissenhafter Forschungen, das uns Kautsky in seinem Buche gibt. Allerdings erleben wir da eine Enttäuschung. Das Ergebnis der Forschungsreise, die Kautsky, geleitet am Ariadnefaden der Theorie, in das Labyrinth der Zukunft unternommen hat, zeichnet sich durch seine Unbestimmtheit aus. Kautsky schreibt am Schluß seines Buches, nachdem er die Ansicht, daß jetzt ein neues Zeitalter der Revolution naht, ausführlich begründet hat: „Ob diese revolutionäre Periode ebenso lange dauern wird, wie die der Bourgeoisie, die 1789 begann und bis 1871 währte, ist natürlich unabschätzbar. Wohl vollzieht sich heute alle Entwicklung weit rapider als ehemals, aber andererseits ist auch das Kampffeld ungeheurer gewachsen. Als Marx und Engels das „kommunistische Manifest“ schrieben, sahen sie als das Kampffeld der proletarischen Revolution nur Westeuropa vor sich. Heute ist es die ganze Welt geworden.“ Das klingt wesentlich gedämpfter, als die Einleitung erwarten ließ, und Kautsky hätte nach diesem Ergebnis eigentlich wenig Ursache, die „geistlosen Routiniers“ zu verspotten, die über seine Zukunft, die sich aller Gewissenhaftigkeit und methodischen Forschung zum Trotz so wenig genau bestimmen läßt, die sehr reale Gegenwart nicht ganz vergessen wollen. Zumal wenn diese Routiniers der Meinung sind, daß die Gegenwartsarbeit den Weg in die Zukunft ebnet.

Kautsky allerdings pflastert sich den Weg zum Zukunftshimmel mit unwiderrlichen Voraussetzungen. Die eine dieser Voraussetzungen ist die Behauptung, daß die Wirksamkeit der Gewerkschaften mehr in der Vergangenheit als in der Zukunft liege. Er begründet diese Ansicht mit dem Wachstum der Unternehmerorganisationen. Zwar seien die Gewerkschaften „nicht ganz willenlos“, aber „ihr kriegsreicher Vormarsch findet sich in den letzten Jahren immer mehr gehemmt, sie werden allenthalben in die Defensive gedrängt, dem Streit wird die Aussperrung immer öfter und immer wirksamer entgegengefeht. Die günstigen Zeitpunkte, in denen sie noch erfolgreich Schlachten schlagen können, werden immer seltener.“ Und kurz darauf: „So wichtig, ja unentbehrlich die Gewerkschaften sind und bleiben, wir dürfen nicht erwarten, daß sie durch rein gewerkschaftliche Methoden das Proletariat noch einmal so mächtig vorwärts bringen, wie es ihm im letzten Duzend Jahre gelang. Wir müssen sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß die Gegner die Kraft gewinnen, es zeitweise wieder zurückzudrängen.“ Die Gewerkschaften wandeln sich — nach Kautsky — aus wirtschaftlichen Kämpfern in politische Kulissschieber, denn wo sie — immer nach Kautsky — „mit starken Unternehmerorganisationen zu tun bekommen, mögen sie diesen wohl nichts anhaben können; aber ihre Kämpfe mit solchen Organisationen wachsen riesenhaft an, vermögen die ganze Gesellschaft, den ganzen Staat zu erschüttern, Regierungen und Parlamente zu beeinflussen, wo die Unternehmer alle Konzessionen ablehnen.“ Darin erblickt Kautsky den wachsenden politischen Charakter der Gewerkschaften. „Das Schwergewicht der proletarischen Aktion wird in die Politik verlegt.“

Das Lied selbst ist nicht neu. Es wurde den Gewerkschaften schon an der Wiege gesungen. Nur nach einer andern Melodie.

Schon Ferdinand Lassalle verspottete die Selbsthilfe der Arbeiter als einen ohnmächtigen „Versuch der Ware Arbeitskraft, sich als Mensch zu gebärden“. Und seine Schöpfung, der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, faßte noch 1874 auf der Generalversammlung zu Hannover eine lange Resolution gegen die Gewerkschaften. Es hieß darin:

„Die Bestrebungen aller Korporativvereine Deutschlands, welche angeblich den Schutz der Arbeiter gegen die maßlose Bedrückung derselben durch die Kapitalmacht bezwecken, sind durchaus nicht geeignet, diesen Zweck zu erreichen. Die Generalversammlung spricht vielmehr die Ueberzeugung aus, daß der durch die Korporativvereine gegen die Kapitalmacht geführte ungleiche Kampf, der lediglich die unmögliche „Selbsthilfe“ der Arbeiter zur Waffe hat, nicht nur die Widerstandskraft der Arbeiter, sondern auch die radikalen sozialpolitischen Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im höchsten Grade gefährdet.“

Im letzten Absatz der Resolution wurde bestimmt, daß Mitglieder der Gewerkschaften aus dem Allgemeinen Arbeiterverein ausgeschlossen würden. Selbstverständlich waren die Vertreter dieser Resolution fest davon überzeugt, daß die Gewerkschaften dem Kapital gegenüber ohnmächtig seien, so ohnmächtig, daß schon ihr bloßer Kampf in eine Schwächung der Arbeiter umschlagen müsse. Heute lächeln wir über die in der Resolution niedergelegten Anschauungen.

Als im Jahre 1890 das Sozialistengesetz gefallen war, wurde die Ohnmacht der Gewerkschaften von neuem bewiesen. Anlaß dazu bot die Gründung der Generalkommission als Zentralstelle der Gewerkschaften. Die Partei sah ihre als selbstverständlich angesehene Hegemonie bedroht und die Führer der Partei beeilten sich, das Ritzlein zu bucken. Auer, der Vertreter des Parteivorstandes, schrieb väterlich-schulmeisterlich an Legien, den Vertreter der Generalkommission: „Sucht scheint das Fell arg zu jucken und wenn es denn sein muß, dann wird es auch gelegentlich gestrichen werden.“ Und

Richard Fischer sagte auf dem Kölner Parteitage (1893) über die Gründung der Generalkommission: „Man wollte eben eine Art parlamentarisches Komitee der Gewerkschaften bilden, welches mit der Parteileitung von Macht zu Macht verhandelte. Weil dieser Orkus von Schiffbruch erlitt, entstand der Streit.“ Be. verhandelt der Parteivorstand mit der Generalkommission als gleichberechtigter Macht, und keinem vernünftigen Parteigenossen fällt es ein, darin Größenwahn zu sehen.

Auf demselben Parteitage hatten Legien und Auer über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften referiert. In der Debatte wurde Legien, obwohl sein Referat alle nur denkbare Zurückhaltung auswies, arg verhöhnt. Und es war Bebel, der den Gewerkschaften eine Prognose stellte, die der von Kautsky jetzt erforschten verzwiefelt ähnlich sieht. Er sagte:

„In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal die Versicherungsgegebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüte beigetragen hat. Mit jeder Erweiterung der staatlichen Beschlüsse wird das Feld der gewerkschaftlichen Betätigung noch mehr eingeengt. Wir mögen gewerkschaftlich organisiert sein, wie wir wollen, wenn das Kapital einmal allgemein eine solche Mächterobert hat, wie bei Krupp und Stumm, in der Dortmunder Union, in den Kohlen- und Eisenindustriebezirken Rheinlands und Westfalens, dann ist es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus, dann hilft nur noch der politische Kampf.“

Und Clara Zetkin meinte: „Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungsbereich der Gewerkschaften immer mehr eingeengt wird. Der Grund liegt nicht in der Jugend dieser Bewegung, sondern nur in der Kraft der politischen Bewegung.“

Seitdem sind anderthalb Jahrzehnte verfloßen, und die Erfahrung hat gelehrt, daß die Sozialpolitik und die Versicherungsgegebung keinen Lebensnerv der Gewerkschaften durchschnitten, vielmehr ein ausgiebiges Feld der Betätigung für die Gewerkschaften geworden sind. Die Eisen- und Kohlenmagnaten aber fühlen sich nur da als Herrscher der Arbeiter, wo diese nicht den Gewerkschaften angehören. Die prophezeite Einengung des gewerkschaftlichen Wirkungsbereiches besteht in einer Steigerung der Mitgliederziffern von 223 530 auf 1 831 731, also um das achtfache, und eine Vermehrung des Vermögens von 800 579 auf 4 083 979 M., also um das fünfzigfache. Der „weiche Rehrichthausen der Gewerkschaftsduselei“ wurde weder durch die Macht des Kapitals, noch durch die Macht der politischen Organisation bejeitigt.

Vor wenigen Jahren kamen die gewissenhaft und methodisch forschenden Theoretiker und Theoretikerinnen aufs neue zu der Ueberzeugung, daß sich „der Gewerkschaftskampf kraft objektiver Vorgänge in der kapitalistischen Gesellschaft in eine Art Sisyphusarbeit verwandelt“. Das heißt, nur der zähe, abwägende Kampf der Gewerkschaften, nicht auch das „revolutionäre“ Aufstöhnen der Massen. Denn dieselbe Theoretikerin, die von der Sisyphusarbeit des Gewerkschaftskampfes schrieb, wollte auf dem Parteitag in Jena alle bisherigen Erfahrungen umstürzen. Sie sagte: „... nicht die Organisation vor allem, sondern vor allem der revolutionäre Geist der Aufklärung. ... Es ist eine ganz mechanische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampfe immer vorausgehen müssen.“ Als Beweis wurde Rußland angeführt, wo angeblich das Proletariat ohne Organisation Erfolge errungen hatte, die in Deutschland trotz Organisation nicht errungen seien. Richtig ein Jahr nach dem triumphierenden Hinweis verkündet die russische — und die deutsche — Arbeiterpresse, daß das Los der russischen Arbeiter geradezu unerträglich und unsäglich viel schlechter geworden ist, als vor der Revolution. Der Stein war eben wieder vom Berge heruntergerollt, das unorganisierte russische Proletariat hatte Sisyphusarbeit geleistet.

Die angeführten Beispiele beweisen natürlich nur, daß Kautskys Prophezeiung von der Ohnmacht der Gewerkschaften ja ist, sie beweisen aber nicht, daß sie falsch ist. Es könnte ja sein, daß Kautsky mit jenem glücklichen 10. Fall herauskommt, in dem der gewissenhafte Forscher gegenüber dem geistlosen Routinier recht hat. In einem zweiten Artikel werden wir unsre bescheidene Meinung darüber sagen.

Es müßte mir das Leben für wertlos gelten, wenn ich nicht an eine allmähliche Vervollkommnung der Menschheit, ihrer ständigen und politischen Zustände glaube und in dem Arbeiten an dieser Vervollkommnung die eigentliche Aufgabe des Menschen erblicke. S. G. d.

Ohne eigne Bücher zu sein, ist der Abgrund der Armut; beweiße nicht darin. Rußka.

Die Welt ist nicht aus Beel und Mus geschaffen; Deswegen haltet euch nicht wie Schlaffen! Garte Wissen gibt es zu lauen: Wir müssen erwürgen oder sie verdauen. Goethe.

### Aus der Zuckerindustrie. Die technische Entwicklung der deutschen Zuckerindustrie.

Nach einer in der „Zuckerindustrie“ veröffentlichten Uebersicht über die Zuckergewinnung und -Verfeinerung im deutschen Zollgebiet während des Betriebsjahres vom 1. September 1907 bis 31. August 1908 haben insgesamt 365 Fabriken Rüben verarbeitet gegen 369 im Betriebsjahr vorher. Verarbeitet wurden 13 482 750 Tonnen Rüben, wozu 48 923 zwölfstündige Arbeitskräfte erforderlich waren. Ueber die Verteilung der Betriebe auf die einzelnen Bundesländer informiert folgende Tabelle:

Verwaltungsbezirke	Zahl der Betriebe	Dampfmaschinen		Zahl der 12stündigen Arbeitskräfte
		Zahl	Pferdekraften	
Öst- und Westpreußen	19	315	8 690	2 120
Brandenburg	13	206	5 392	1 395
Pommern	11	223	7 418	1 337
Posen	20	442	15 745	3 249
Sachsen	51	812	23 838	7 762
Preuss. Sachsen	104	1662	39 613	15 252
Schleswig-Holstein	2	23	390	141
Hannover	40	631	15 605	4 529
Westfalen	5	75	2 410	463
Schwarz-Rheinland	2	41	730	223
Rheinland	10	208	6 005	1 291
<b>Reichsgebiet Preußen</b>	<b>277</b>	<b>4638</b>	<b>125 816</b>	<b>37 762</b>
Bayern	3	43	2 230	423
Sachsen	4	64	1 600	523
Württemberg	3	29	1 630	384
Rhein- und Elsaß-Lotharingen	2	19	600	239
Hessen	4	42	2 379	599
Mecklenburg	11	205	6 895	1 175
Thüringen	7	89	2 722	855
Braunschweig	30	446	10 552	3 431
Anhalt	24	381	8 528	3 527
<b>Uebersicht d. deutschen Zollgebiet 1907/08.</b>	<b>365</b>	<b>5956</b>	<b>162 952</b>	<b>48 923</b>

Die Provinz Sachsen marschiert weitaus an der Spitze in der deutschen Zuckerverzehrung. Ihr folgen in weitem Abstand Schlesien und Hannover. Von den nichtpreussischen Bundesländern haben nur noch die beiden kleinen Bundesstaaten Braunschweig und Anhalt die beiden kleinsten Bundesstaaten von Hochzuckerfabriken. Die durchschnittliche Kampagnebauer ist am kürzesten in den beiden kleinen Betrieben Schleswig-Holsteins mit 70 und am längsten in Posen mit 162 Arbeitskräften; in der Regel schwankt sie zwischen 100 und 120 Arbeitskräften.

Sehr instruktiv ist ein Vergleich der heutigen Erzeugungswerte mit der vor zwanzig Jahren. Wir bitten deshalb, die nachstehende Tabelle recht genau zu beachten:

	1888/89	1907/08
Zahl der Betriebe	396	365
Dampfmaschinen	4 363	5 956
Pferdekraften	60 313	162 952
Doppelzentner Rüben wurden verarbeitet	78 961 830	134 827 500
Tagen waren Arbeitskräfte erforderlich	66 727	48 923
In einer 12stündigen Schicht wurden Doppelzentner Rüben verarbeitet	1 183	2 756
Zu einem Kilogr. Zucker waren Rüben erforderlich	8,36 Kilogr.	6,69 Kilogr.
Zahl der beschäftigten Arbeiter	95 420	93 384

Die Tabelle zeigt zuerst die Entwicklung der Zuckerindustrie zum Großbetrieb. Obwohl sich die verarbeitete Rübenmenge fast verdoppelt hat, ist die Zahl der Betriebe um 31 zurückgegangen. Dafür kamen aber im Jahre 1907 auf jeden Betrieb im Durchschnitt 16 Dampfmaschinen mit 446 Pferdekraften gegen durchschnittlich 11 Maschinen mit nur 152 Pferdekraften im Jahre 1888. Dagegen ist die Arbeiterzahl um reichlich 2000 gefallen. Die Verdoppelung der Produktion also nur durch Verbesserung der Maschinen und durch intensive Anspannung der Arbeiter erreicht worden. Die Produktivität der Arbeiter wurde um 230 Prozent gesteigert, d. h. der einzelne Arbeiter fertigt heute mehr wie doppelt soviel, wie im Jahre 1888. Die Konzentration der Produktionsmittel hat also technische Verbesserungen, intensiveres Arbeiten und — Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge gehabt. Betrachten wir nun, in welcher Weise sich der Arbeitslohn überhaupt und pro Doppelzentner verarbeiteter Rüben verändert hat. Es betrug der Arbeitslohn:

	1888	1906
Uebersicht pro Arbeiter	33 411 450 RM.	51 798 793 RM.
pro Doppelzentner verarbeiteter Rüben	315	541
	0,42	0,36

Obwohl also die Löhne seit 1888 nicht unerheblich gestiegen sind, ist der für die Verarbeitung einer gleichen Rübenmenge gezahlte Lohn um rund 20 Prozent gesunken. Eingedenk der Tatsache, dass die obigen, den Verhältnissen entnommenen Angaben ein falsches Bild über die tatsächliche Erhöhung der Arbeitslöhne geben. Es mag dabei nämlich in Betracht gezogen werden, dass seit dem Jahre 1900 ein anderer Berechnungsmodus eingeführt ist, der die Löhne der Arbeiter höher einstuft wie der vor 1900 übliche. Weiter ist zu beachten, dass der auf den Kopf entfallende Lohn natürlich abhängt von der Dauer der Kampagne, d. h. die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Jedenfalls wäre es grundfalsch, aus obigen Zahlen den Schluss zu ziehen, der Lohn des Arbeiters sei um 70 Prozent gestiegen, wobei natürlich nicht forgotten werden soll, dass eine Steigerung festgefunden hat. Der

veränderte Berechnungsmodus der Berufsgenossenschaften kommt natürlich auch zum Ausdruck in den Angaben über den pro Doppelzentner Rüben aufgewendeten Lohn — hier aber in umgekehrter Weise. Hier noch heute nach dem früheren Ansatz gerechnet, so wäre der pro Doppelzentner aufgewendete Lohn fast natürlich noch niedriger, wie einfache Uebersetzung ergibt.

Noch ein anderes Ergebnis der Tabelle 2 sei hier hervorgehoben. Während im Jahre 1888 nach 8,36 Kilogramm Rüben zu 1 Kilogramm Zucker erforderlich waren, braucht man heute nur noch 6,69 Kilogramm. Die verbesserte Technik in der Fabrik, sowie die Verbesserungen in der Auswahl, Pflege und Behandlung der Rüben, haben die Ertragsleistung um 20 Prozent gesteigert.

### Neue Ausnahmegeetze für die Arbeiterschaft der Konserven- und Fischindustrie.

Die Tageszeitungen melden, sind dem Bundesrat Entwürfe von Ausnahmebestimmungen für die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Gemüse- und Obst-, sowie in Fischkonservenfabriken zugegangen. Solche Ausnahmebestimmungen können nach § 139 b Ziffer 5 der Gewerbeordnung erlassen werden für Gewerbebetriebe, in denen die Verrichtung der Nacharbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen „dringend erforderlich“ erscheint; sie erstrecken sich auf Ausnahmen von den Bestimmungen über das Verbot der Nacharbeit und über die Dauer der Arbeitszeit, der Pausen und der ununterbrochenen Ruhezeit der Arbeiterinnen. Die bezeichneten Betriebe hatten schon bisher solche Ausnahmebestimmungen, die Konservenfabriken auf Grund einer Bundesratsverordnung vom 11. März 1898. Diese Verordnung war für 10 Jahre, also bis zum 1. April 1908 erlassen, wurde jedoch im Vorjahr auf 2 Jahre, also bis zum 1. April 1910 verlängert. Die wichtigste Bestimmung der Verordnung ist die, daß, wenn ein „vermehrtes Arbeitsbedürfnis“ eintritt, die Arbeiterinnen 13 Stunden pro Tag in der Zeit von 5 1/2 Uhr morgens bis 10 Uhr abends beschäftigt werden dürfen. Diese Ueberarbeit soll allerdings nur 40 Tage im Jahre stattfinden; sie kann jedoch öfter stattfinden, wenn die Arbeitszeit so geregelt wird, daß im Durchschnitt des Jahres die gesetzliche Arbeitszeit nicht überschritten wird. Damit sind die Arbeiterinnen schulpflicht dem 12stündigen Ausbeutungsbedürfnis der Unternehmer preisgegeben, denn der Jahresdurchschnitt läßt sich in der toten Saison schon entsprechend regeln.

Die Fischräucherereien haben auf Grund einer Bekanntmachung vom 26. April 1899 das Recht, die Arbeiterinnen während der Zeit vom 15. September bis 15. Mai auch Sonntags außer an 8 Sonntagen, innerhalb 12 Stunden zu beschäftigen. Die obigen beiden Ausnahmegeetze genügen den Fischindustriellen noch nicht und sie richteten im Jahre 1904 eine Denkschrift an den Bundesrat, in der sie weitere Begünstigungen erbitten.

Es ist nun durchaus wahrscheinlich, daß die angeforderte Verordnung die oben skizzierten Ausnahmebestimmungen, die ja durch Ablauf wie auch durch die Novelle zur Gewerbeordnung erledigt sind, weiter verlängern, viellecht sogar noch erweitern will. Ueber den Inhalt der Bestimmungen erfahren die Arbeiter bekanntlich erst etwas, wenn sie erlassen sind, vorher die Arbeiter zu hören, fällt dem Bundesrat nicht ein.

### Fromme Lügen.

Es ist ein nicht gutes, aber alter Brauch der christlichen Blätter aller Schattierungen, der Sozialdemokratie Schandthaten der werthlosesten Art anzudichten, um dann über die Schlichtigkeit der gottlosen Welt lamentieren zu können. Besonders die christliche Gewerkschaftsbewegung verbreitet eine Schauerwärme nach der andern über „sozialdemokratischen Terrorismus“ und ähnliche Sünden mehr. Zwar wird fast immer innerhalb einiger Zeit nachgewiesen, wie sehr die frommen Blätter die Wahrheit verbasen haben, aber inzwischen ist die Schauergerichte durch die Lande gegangen und hat ihren Zweck, die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften in Mißacht zu bringen, erfüllt.

In den letzten Tagen ist diese Drogenart wieder einmal durch zwei besonders krafftige Fälle illustriert worden, die wir auszugeweiht hier mitteilen.

### Der erste Fall:

Im Dezember vorigen Jahres ergriff die bürgerliche Presse einen Fall von sozialdemokratischem Terrorismus aus Oesterreich. Dort hatte sich der 66jährige Handschuhmacher Eißler erschossen, und nun wurde behauptet, seine Arbeitskollegen hätten ihn in den Tod geschickt. Eißler, ein solider, fleißiger Mann, der sich von allen „partei politischen Separaten“ ferngehalten habe, sei von seinen Mitarbeitern wegen seiner Zugehörigkeit zum Arbeiterverein und wegen seiner Eigenart als kirchlicher Gemeindevorstander fortwährend in systematischer Weise gehänselt worden. Das habe er sich schließlich so zu Herzen genommen, daß er seinem Leben ein Ende gemacht habe.

Die Mitarbeiter des Lebensüberdüssigen wollten den unbedeutendsten Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen, und so wurde ihnen ungenügend Privatklage gegen den Redakteur Biedler von der „Allgemeinen Zeitung“ in Oesterreich und den Redakteur Kamade vom „Dachlindburger Kreisblatt“ an. Am 25. Oktober hatte sich das Schöffengericht Oesterreich mit der Klage zu beschäftigen. Dort wurde festgestellt, daß der „Terrorismus“ der Arbeiter aus dem Arbeiterverein — hinausgeworfen worden war, weil er sozialdemokratisch gewählter hatte! Weder der Verfasser, der zwölf Jahre mit Eißler zusammen in einer Werkstatt arbeitete, noch der Unternehmer, noch sonst irgend jemand wußte eine Lastsache dafür anzuführen, daß Eißler verächtlich oder gehänselt worden sei. Weder Art aber seine Gehaltsverhältnisse kurz vor seinem Tode war, was die Lastsache illustriert, daß er sich in einer Stadt dreimal laut abzuwaschen hatte, um den Teufel aus sich herauszutreiben! Er hatte in der letzten Zeit seines Lebens mit seinen sehr frommen Angehörigen häufig über die Zusammenkünfte des Evangelischen Junglingsvereins besprochen. Unwiderrspöchen blieb in der Verhandlung, daß man auf dem Polizeiamt einen der legenden Handschuhmacher gefragt hatte: „Zeit haben wir mal was, womit wir den Sozialdemokraten täglich eins auswischen können!“ Und der Ausgang? Die beiden Redakteure wurden wegen Verleumdung zu je 40 Mark Geldstrafe verurteilt.

### Der zweite Fall:

Die „Deutsche Reichspost“ in Stuttgart, das Zentralorgan der konfessionellen Süddeutschen, veröffentlichte am 4. Oktober ein „Eingeklärt“ folgender Inhalt: „Während ist Privatklage, heißt es gewöhnlich im Sozialisten-Lager; und während über die „Genossen“ in dieser „Privatklage“ sind, zeigt uns nachstehender Vorfall — In einem Abend der letzten Woche trat ich in das Krankenstübchen einer kleinen, krankenleidenden Witwe hiesiger Stadt. Da ihre Tochter den Tag über gewirgt ist, den Lebensakt für sich und die kranke Mutter zu bestreiten, so wußte die Kranke den Tag über dem Tode preisgegeben, wenn sich nicht die christliche Liebe ihrer angenommen hätte. Eine treu besorgte Diakonistin lehrte täglich bei ihr ein und auch der Herr Pfarrer macht Krankenbesuche, um Trost zu spenden. Das ist aber dem sozialdemokratischen Hausbesitzer gegenüber. Er kündigt die Diakonistin der Krankenbesuche, er habe keine Diakonistin und keine Pfarrer in seinem Hause. Wo bleibt hier das menschliche Gefühl und die Freundschaft?“

Während doch manchem die Augen darüber aufgehen, welcher Geist die Sozialdemokratie beherrscht. Nach Erscheinen dieses „Eingeklärt“ forderte die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“ bereits am 6. Oktober die „Deutsche Reichspost“ auf, sich bekannt zu machen, um eine Nachprüfung anstellen zu machen. Keine Antwort. Auf eine zweite in verächtlicher Form gehaltene Aufforderung vom 9. Oktober ebenfalls keine Antwort. Am 12. Oktober wurde die Klage in höchster Form gestellt und ergriffen dann am gleichen Tage eine in vielfachen Hinsichten gealterte „Antwort“, keine Angaben über das Verbleiben der Witwe, aber der Name des „sozialdemokratischen Hausbesitzer“ wurde nicht genannt. Inzwischen habe die „Tagwacht“ Nachforschungen angestellt, und zwar zunächst nach Männern, welche der sozialdemokratischen Partei nicht angehören, welche aber das Wohnen der „Deutschen Reichspost“ anwohnen. Die Nachforschungen blieben nicht ohne Erfolg, und am 14. Oktober war durch einen zuverlässigen Mann (Arbeitgeber) bemerkt ein frommer Katholik, der genau über die „Angaben“ wußte, die er schützte, der Vaterstand festgestellt. Am 14. Oktober stellte sich ein zweiter Zeuge, dessen Bericht mit der Darstellung des ersten vollkommen übereinstimmte. Um jeden Zweck auszusprechen, wurde die „Tagwacht“ von den genannten Mitteilungen noch keinen Gebrauch, sondern schickte weiter nach und kamte dann am 18. Oktober folgenden Bericht veröffentlicht:

1. Der betreffende Hausbesitzer, der die alte Frau mit ihrer Familie in seinem Hause nicht dulden wollte, ist kein Sozialdemokrat, er ist nicht Parteimitglied gewesen, hat auch keine Mitgliedschaft, Zeugnis unserer Vertrauensmänner, eigener Behandlung des Hausbesitzers selbst.
2. Die alte Frau bestreitet ganz entschieden, den Hausbesitzer als Sozialdemokraten bezeichnet zu haben. Sie habe ihn einen „christlichen Menschen“ genannt.
3. Die alte leidende Frau mit ihrer Familie, die von einem nichtsozialdemokratischen Hausbesitzer zum Auszug gezwungen wurde, hat Wohnung gefunden bei einem sozialdemokratischen Hausbesitzer, einem alten treuen Mitglied unserer Partei!

### Die christlichen Arbeiterzersetzer.

Ein natürliches Hindernis für eine umfassende Entwicklung der freien Gewerkschaften haben bislang in Oesterreich die Zersplitterungsgehalte und Sonderbindungen der christlichen „Arbeitervereine“, denen als Hauptpaten katholische und evangelische Pfaffen zur Seite standen und heute noch stehen, gebildet. Um das Vorwärtsschreiten der freien organisierten Arbeiterschaft zu hindern, arbeiten die Drahtzieher der sogenannten Arbeitervereine mit den verwerflichsten Mitteln. Wo die geistigen Pfaffen der Diener der Kirche im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften versagen, schreit man selbst zur dem gemeinsten Mittel — dem Arbeiterbrot — nicht zurück. So z. B. hatte kürzlich bei einem Streik in der Leerer Impfgeschirranstalt ein Pfaffen die Rolle eines Streikbrecheragenten übernommen. Aus den Reihen seiner Getreuen, nämlich den Mitgliedern des Evangelischen Arbeitervereins von Beer und Umgebung, verschaffte der Seelsorger die nötigen Ersatzkräfte für die Streikenden. Der geistliche Berater hat mit dem Liebesdienst, den er in diesem Falle dem Unternehmer erwies, nicht einmal gegen die Satzungen des „Arbeitervereins“ verstoßen, wenn er auch den Nachspruch des Vereins, der lautet: „Fürchtet Gott! Ehret den König! Habt die Brüder liebt! 1. Petr. 2. 17.“ frech verstoßen.

Über solche Petrus, entgegen dem Pastor, etwa freilebende Arbeiter nicht zu den Brüdern — gepöbelt haben. In dem Falle dürfte der Seelsorger des Pfaffen als „gerechtfertigt“ erscheinen. Denn der „Arbeiterverein“ steht auf dem Boden des evangelischen Bekenntnisses — hat den Zweck:

1. unter den Arbeitern das evangelische Bewußtsein zu wecken und zu stärken;
2. die Mitglieder stützlich zu haben und allgemeine Bildung unter ihnen zu fördern;
3. die Liebe und Treue zu Kaiser und Reich zu pflegen;
4. das innerchristliche Verhältnis zwischen den Mitgliedern und ein gutes Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und Arbeiter zu fördern;
5. die Mitglieder nach Kräften in außergewöhnlichen und unvorhergesehenen Fällen zu unterstützen usw.

Mitglied kann jeder evangelische Bewohner von Beer und Umgebung werden, der das 17. Lebensjahr vollendet hat. Der Vorstand besteht aus 11 Mitgliedern, sechs davon müssen jedenfalls aus dem evangelischen Arbeiterverein genommen werden. Für diese Einrichtungen haben die Mitglieder einen monatlichen Beitrag von 25 Pf. zu berappen. Natürlich kann, solange der Verein noch zehn Mitglieder zählt, der Verein nicht aufgelöst werden.

Für den Beschluß seiner Auflösung müssen sich zwei Drittel der anwesenden Mitglieder in einer Hauptversammlung erklären.

Diese Versammlung beschließt ebenfalls über die Verwendung des Vereinsvermögens. Aus diesen Satzungen geht hervor, daß der Evangelische Arbeiterverein neben den übrigen christlichen Gruppen in Oesterreich in bewußtem Gegenatz zu den Massenbewegungen freien Gewerkschaften steht. Die Brüder in Christo verwerten den Bohnenkampf als Auflehnung gegen die göttliche Autorität der Arbeitgeber, indem aber die Lohnkämpfe der freien Gewerkschaften durch Streikbruch zu durchkreuzen, deren Versammlungen, speziell in den ländlichen Distrikten, zu sprengen, wie überhaupt deren Bestrebungen zu verunglimpfen. Damit ist aber die Tätigkeit der evangelischen Christen noch nicht erschöpft. Um ihre konfessionellen Sonderinteressen zu hegen, liegen sie aus den „Andergläubigen“, den interkonfessionellen Brüdernverbänden christlicher Couleur, in Peter gehen. Die ständlichen Sitzungen dieser Gewerkschaftszersplitterung, die eifrig von Pfaffen und kirchlichen Kreisen gefördert wird, zeigt uns ein Bild auf die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Oesterreich. Bei einer 10-12stündigen täglichen Arbeitszeit schwanken die Löhne der meisten unserer Berufscollegen zwischen 1,50 und 3 RM pro Tag. In Oesterreich haben wir also den Kampf nach zwei Seiten zu führen. Den größten Gemütsdruck für die Ausbreitung der Organisationsgedanken bilden verläuft ohne Zweifel die Sonderbestrebungen der christlichen Arbeitervereine. Diese Elemente aus dem Sattel zu heben, darauf müssen die berufenen Instanzen für die nächste Zukunft ihr Augenmerk richten.

# Der Abwehrstreik der Zelluloidarbeiter bei der Firma Gebr. Wolff in Nürnberg.

Nach zehnwöchentlichem Ringen wurde hier ein Kampf beendet, wie er wohl in den Nürnberger Fabriken einzig dastehen dürfte. Am 16. August sind die sämtlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, 235 an der Zahl, der Firma Gebr. Wolff in der Ausfahrt gestreikt. Die Ursache war eine erhebliche Reduzierung der Akkordlöhne, welche in fast allen Sparten des Betriebes vorgenommen wurde und wodurch die betroffenen Personen um 2-5 Mk. pro Woche geschädigt worden wären. Um die Ungerechtigkeit dieser Abzüge ins richtige Licht zu stellen, wollen wir gleich eine tabellarische Zusammenstellung der Abzüge in den einzelnen Sparten, sowie den Durchschnittsverdienst bei den alten Akkordpreisen, nebst Stundenlöhnen bei Tagelohnarbeit folgen lassen.

**August 1909.**

Sparten	Abzug in Proz.	Sparten	Abzug in Proz.
Dreherei	4-25	Wasserzähler	10
Schloßerei	4-20	Bergaberei	14-19
Schleifer u. Polierer	5-20	Karowagenfabrikat.	16-20
Gewanderei	25	Galanterie	40-52
Betrieb für Ketten	5-33 1/2	Röhrenmacher	4 1/2
schleifer		Röhrenstänger	25

Durchschnittsverdienst bei den alten Akkordpreisen und Stundenlohn bei Tagelohnarbeit:

Sparten	Durchschnittsverdienst im Akkord	Stundenlohn
Dreherei	21-28	25-35
Schloßerei	20-21	28-30
Schleifer und Polierer	20-23	30
Wägen	20-25	30
Gewanderei	25-26	30
Betrieb Ketten	13-22	33-30
schleifer	7-10	13
Bergaberei, weibliches Personal	10-11	13
Wasserzähler, männliches Personal	13-20	25-28
weibliches Personal	9-12	13
Galanterie, weibliches Personal	9-12	12-14
Pumpenmacher, weibliches Personal	10-12	12-13
Zelluloidschleifer	19	25
Zelluloidpolierer, weibliches Personal		14
Werkzeugschleifer		
Wochenlohn pro Stunde		30-44

In einzelnen Fällen sind die Durchschnittslöhne etwas höher, jedoch werden die Durchschnittslöhne der Gesamtheit hierdurch nicht beeinflusst.

Zu bemerken ist noch, daß die Akkordarbeiter das Material, welches sie zur Herstellung der Arbeit benötigen, wie Scheiben, Pflast, Sandpapier usw. bezahlen müssen. Hauptächlich fällt dies in der Zelluloidschleifer- und Polierer- und in der Metallpolierer- ins Gewicht, bei letzteren beträgt der Abzug hierfür 2,50 Mk., bei den Metallpolierern keine 3 Mk., beim Polieren von Hagen ca. 10-11 Mk. pro Woche und Person.

Diese Abzüge sind jedoch bei den angegebenen Durchschnittsverdiensten schon in Rechnung gebracht. Daß bei solchen Verdiensten die Arbeiter und Arbeiterinnen sich derartige Abzüge nicht gefallen lassen konnten, vorherige Verhandlungen von Spartenarbeitern aber keinen Erfolg hatten, sowie die von den Arbeitern zu diesem Zwecke eingesetzte fünfköpfige Kommission von Herrn Wolff brüskl zurückgewiesen wurde, blieb für die Arbeiter kein andres Mittel übrig, als der Streik. In einer am 14. August im „Räufischen Hof“ stattgefundenen Fabrikversammlung, in welcher auch die Verhandlungsvertreter der Holz-, Metall- und Fabrikarbeiter anwesend waren, wurde von 169 anwesenden Arbeitern und Arbeiterinnen der Ausständigen gegen eine Stimme beschlossen, in den Streik einzutreten.

Was in diesen 10 Wochen des Ausstandes die Streikenden durch den Nachfolger der Gebr. Wolff, welche ständig die Polizei gegen die Streikenden schärf machten, zu leiden hatten, davon lasse sich eine Broschüre schreiben.

Die Gebrüder Wolff, welche bisher gewohnt waren, zu herrschen, den höchsten Unternehmerstandpunkt einzunehmen, waren seltener davon überzeugt, daß in den ersten 8 oder 14 Tagen des Ausstandes aus den Reihen der Streikenden so viel Arbeitswillige zu verzeichnen seien, daß sie ihren Betrieb aufrecht erhalten könnten. Zur Ehre der Ausständigen können wir jedoch konstatieren, daß die Arbeiterklasse geschlossen in diesem harten Kampfe trotz aller Polizeischikanen handelte. Das ist es, was diesem Streik ein besonderes Gepräge gibt, daß die Gesamtarbeiterklasse einhellig vorging, obwohl schon zwei Streiks bei der Firma Wolff verlesen gegangen waren. Nicht ein einziger Streikender brach die Kette, die er versprochen. Das ist ein Zeichen solidarischer Handlung, wie es früher nicht gedacht werden kann. Als die Firma Wolff sah, daß sie die Rechnung ohne die Streikenden gemacht hatte, wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, Arbeitswillige zu erhalten.

Herr Steiner, der Betriebsleiter, errichtete zwei Streikbrecherbureaus zu Nürnberg. In in- und auswärtigen Blättern erschienen verlockende Inserate, in welchen lohnende Arbeit, dauernde Stellung und hoher Verdienst zugesichert wurde. Restriktionen ließ die Firma folgende Briefe zugehen:

**Nürnberg, den 28. 8. 09.**

Mir empfangen Ihr Angebot vom 28. 8.

Die Arbeit bei uns ist dauernd und lohnend. Zur Zeit wird bei uns getreift, jedoch ist für genügenden Schutz gesorgt.

Sie wollen sich betreffs eventueller Einstellung in Kernstraße Nr. 1, zweiter Stock bei mir Zwangiger Sonntag vormittag zwischen 10 bis 12 Uhr einfinden.

Hochachtung!

**Nürnberg, Zelluloidwaren-Fabrik Gebr. Wolff.**

Einige Wochen darauf erfolgte dann der zweite Brief mit folgendem Text:

**Nürnberg, den 21. 9. 1909.**

Mir empfangen Ihr Angebot und machen Sie zunächst darauf aufmerksam, daß bei uns momentan gestreikt wird. Die Arbeit ist jedoch lohnend und dauernd. Wir sind nicht abgeneigt, Sie einzustellen, jedoch müssen Sie sich auch tapfer halten und nicht etwa heute anfangen und morgen wieder aufhören. Wenn Sie auf einen dauernden Posten reflektieren, können Sie im Laufe des Vormittags nach unserer Fabrik, Fürtherstraße 176, kommen und gleichzeitig Ihre Invalidentaxe und wenn Sie das 21. Jahr noch nicht erreicht haben, auch ein Arbeitsbuch mitbringen. Wir glauben sicher, daß wir dann noch einen Posten für Sie frei haben.

Bemerken möchten wir noch, daß bereits eine ganze Anzahl Leute bei uns arbeiten, die unbehindert zur Fabrik kommen. Lassen Sie sich nur nicht von den Streikenden abhalten und geben Sie den Leuten keine Antwort, wenn Sie gefragt werden, wohin Sie gehen.

Mittags wird vorläufig durchgearbeitet und dafür nachmittags früher Schluß gemacht.

Hochachtung!

**Gebr. Wolff.**

Interessant ist an diesem Nachweiz zunächst, daß die Firma es gar nicht für nötig hielt, eine Karte an den Kopf des Briefes zu legen, ein Beweis dafür, wie die Firma die Streikbrecher einschätzt. Der Passus „Wir glauben sicher, daß wir noch einen Posten für Sie frei haben“, sollte den Anschein erwecken, als ob die Fabrik schon bereit wäre, während nur ein kleiner Bruchteil von Arbeitswilligen vorhanden war. Es war ein schönes Stück Arbeit, die zutretenden Arbeitswilligen abzuhalten. Nur die Gehe der Nürnberger Bevölkerung und einzelne Handwerker blieben im Betrieb haften. Mit dem Anwaschen der Arbeitswilligen verfiel sich auch das Polizeiaufgebot und mit ihm der Ruf der Menge. Die Polizei fing an, die Straße zu räumen. Die Anwesenden wurden mit roher Gewalt gedrängt, gestöbert, zu Boden geworfen, ja selbst der berühmte Polizeichef lag aus der Schiene.

Die Streikenden hatten sich keinen Vorwurf zu machen, sie haben oftmals die Straße von Julius frei gehalten. Aber jedesmal beim Anmarsch von hundert Polizeimännern kamen Hunderte von Neugierigen hinterher, und die Polizei konnte die Ansammlungen gesteuert, die sie selbst verursacht hatte. Endlich, am 8. September, fand auf dem Gewergericht die erste Einigungsverhandlung statt, in welchem der Streikende und der Verhandlungsvertreter. Die Verhandlung scheiterte jedoch, es dem Streikenden der Unterwerfung, welche von einer Zurücknahme der Preisreduzierung nichts wissen wollten und auch keine Gerechtigkeit zeigten, mit den Verhandlungsvertretern zu unterhandeln. Von den Ausständigen wurde nur die Festhaltung des alten Zustandes, also die Zurücknahme der Preisreduzierungen verlangt. Die Firma lehnte das ab und der Streik ging weiter.

Endlich gelang es den vereinigten Beauftragten des Herrn Regierung- und Gewerberat Kroeller und des Herrn Reichsrat Wagner, auf den 14. Oktober abends Verhandlung anzubahnen. Die Verhandlung wurde am nächsten Morgen bei Gebr. Wolff und der Streikleitung mit Tages einiger Streikenden geführt. Weitere Verhandlungen folgten am nächsten Tage. Die Verhandlungen waren äußerst schwierig, da besonders Herr G. Wolff zu sehr von der Hilfe der Polizei erfüllt war, auch sonst, nicht an Unterhandlungen gewöhnt, stets alle Schranken der Disziplin durchbrach. Es war schon schwer, Herrn Wolff nur so weit zu bringen, daß er mit einer fünfköpfigen, aus verschiedenen Sparten zusammengesetzten Kommission in Unterhandlungen trat. Von den Verhandlungen wachte er in dieser Angelegenheit überhaupt nichts wissen, trotzdem er wiederholt versicherte, unter Umständen recht gern mit den Verhandlungsvertretern verhandeln zu wollen. Es gelang noch nicht, eine Einigung zu erzielen, da sich die Ausständigen mit den Zugeständnissen nicht einverstanden erklärten, jedoch sollten die Verhandlungen weiter gepflogen werden. Am 16. Oktober verbrachte sich morgens zwischen 8 und 9 Uhr das Gericht, daß am Hallertore einer der Streikenden erschossen worden sei. Leider bewahrheitete sich das Gerücht. Die im städtischen Krankenhaus eingelieferten Informationen ergaben, daß unser mitstreikender Kollege Heinrich Wendler dem Messer des Arbeitswilligen Gahner zum Opfer gefallen ist. Heinrich Wendler ist 46 Jahre alt, ledig; er wurde am Hallertore morgens 5 1/2 Uhr aufgefunden, mit Stichwunden in der Lunge, in der Leber, durch die Wunde und mit Verletzungen an der Junge. Er wurde nahezu pulslos in das städtische Krankenhaus gebracht, dort um 7 Uhr operiert und ist vor 9 Uhr seinen Verletzungen erlegen. Der Arbeitswillige Rupert Gahner wurde als der Tat verdächtig vormittags aus dem Wolfischen Betrieb heraus verhaftet. Das Reichsbegnadnis unseres braven Kollegen gestattete sich zu einer imputanten Rundgebung.

Am Dienstag, dem 19. Oktober, nahmen die Verhandlungen nachmittags 2 Uhr ihren Fortgang, welche endlich zu einem die Streikenden befriedigenden Resultat führten. Das Abkommen hat folgenden Wortlaut:

**I.** Im Ausstand bei der Firma Gebrüder Wolff, Nürnberg, Zelluloidwaren-Fabrik, Fürtherstraße Nr. 176, kam auf Grund längerer Verhandlungen unter den Beteiligten heute folgendes Uebereinkommen zustande:

Die Firma Wolff übernimmt die Verpflichtung, bezüglich jener Akkordlöhne, welche für die Arbeiter den Grund des Ausstandes gebildet haben, alsbald nach Wiedereröffnung der Arbeiter in ihre Fabrik eine entsprechende, beide Teile befriedigende Regelung auf Grund Verhandlungen mit einer von den Arbeitern der Fabrik zu wählenden Kommission, in welcher die in Betracht kommenden Fabrikabteilungen jeweils vertreten sein müssen, vorzunehmen. Falls sich in späteren Fällen Meinungsverschiedenheiten ergeben sollten, ist die Firma Gebr. Wolff bereit, Vertreter der in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen aufzufordern zu geben.

**II.** Jede Maßregelung der ausständigen Arbeiter ist ausgeschlossen.

**III.** Die Firma Gebrüder Wolff verpflichtet sich, die ausständigen Arbeiter wieder in Arbeit zu nehmen; die Zahl der sofort wieder aufzunehmenden Arbeiter wird die Firma Gebr. Wolff im Benehmen mit den heute anwesenden Vertretern der Arbeiterklasse feststellen; die übrigen Arbeiter werden so rasch wie möglich, spätestens jedoch innerhalb 3-4 Wochen wieder eingestellt werden. Die Firma Gebr. Wolff verpflichtet sich dabei ausdrücklich, bei der Wiederbeschäftigung erledigter Arbeitsplätze keine andern Arbeiter als ausständige in Arbeit zu nehmen.

**IV.** Die heute erschienenen Vertreter der ausständigen Arbeiter verpflichten sich, dafür einzutreten, daß vorstehendes Uebereinkommen in der demnächst stattfindenden Versammlung der Arbeiter Annahme findet, womit der Ausstand beendet ist.

Nürnberg, den 19. Oktober 1909.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Arbeitgeber:	Arbeitnehmer:
Gebr. Wolff,	Karl Hagenrich, Griffmacher,
Gebr. Wolff,	Georg Kreider, Polierer,
	Georg Fickel, Drechsler,
	Anton Kuhnlein, Griff-Bläser,
	Magdalena Schweizer, Zwingenschieferin.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts Nürnberg: Der Königliche Regierungs- und Gewerberat: gez. Wagner, Reichsrat. gez. Kroeller.

Für die Verbände wurde die Abmachung von R. Hermann, Gg. Unrath, Ernst Schneppenhorst unterzeichnet.

Zur Erläuterung des § 1 lassen wir den Auszug aus dem Protokoll folgen:

„In der Verhandlungen mit der Firma Gebr. Wolff hat letztere wiederholt erklärt, daß sie in späteren Fällen, falls in Lohnfragen Meinungsverschiedenheiten auftreten sollten, bereit ist, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen in Verbindung zu treten und Verhandlungen zu führen. In diesem Sinne muß auch die Jurogenbestimmung zu dem Nachtrag vom 20. d. M. zum Uebereinkommen vom 19. d. M. in Ziffer 1 aufgefaßt werden.“

Mit diesem Abkommen erklärten sich die Ausständigen in ihrer Nachmittagsversammlung einstimmig einverstanden, womit der Streik seinen Abschluß gefunden hat. Als besonders merkwürdig muß hervorgehoben werden, daß sich die Herren Regierung- und Gewerberat Kroeller und Reichsrat Wagner die größte Mühe gaben, den Ausstand beizulegen. Am 1. November haben die letzten Streikenden die Arbeit angenommen.

Bereinzelt ist der Mensch eine schwache Kreatur im großen Weltensraum, aber vereint, was ist er da nicht alles imstande! Vereinzelt kann eine Ratte ihm Furcht einjagen, vereinzelt läßt sich der riesige Elefant von ihm zum Lasttier abrichten. Vereinzelt rührt ihm der reizende Waldstrom zu: bis hierher und nicht weiter! Vereinzelt ringt er den Brandungen des Meeres ganze Länder ab. Vereinzelt taufert die Natur mit ihm über ihre Gaben; vereinzelt zwingt er ihr Reichthum und Ueberfluß ab. Vereinzelt mag er im Schwelge seines Angeichts sein Brot essen; vereinzelt wendet er seine geistigen Kräfte vorzüglich an und erstet seine pygmäischen dem die Kraft der Elemente.

# Streiks und Lohnbewegungen.

— Streiks und Differenzen bestehen in: Braunschweig (Papierfabrik), Bremen (Bretelmaschinenfabrik), Leipzig (Werkzeugfabrik), Weimar (Wägenfabrik). Zugunach dem angeführten Orten ist streng ferngehalten.

— Der Streik um das Sozialrecht in Mansfeld dauert fort. Die erhoffte Einschüchterung der Streikenden durch das Militär ist in das Gegenteil umgeschlagen, denn seit dem Einzug des Militärs am 21. Oktober ist die Zahl der Streikenden ständig gestiegen, während vom 25. Oktober bis 3. November ganze drei Mann wieder zum Schutze getroffen sind. Die Kampfarmee sieht wie eine Mauer, trotz des Ansturms des Ordnungsgewaltigen. Vom 21. bis 20. Oktober schrieben die im Streikgebiet erscheinenden Blätter jeden Tag: Die Zahl der Arbeitswilligen hat heute wiederum bedeutend zugenommen, da unter dem Schutze des Militärs die Arbeitswilligen unbehindert zur Arbeit gehen können. Seit einigen Tagen schreiben sie über den Streik keine Zeile mehr, schweigen alle Vorgänge tot, als ob der Kampf beendet sei. Sie haben in ihren Mittheilungen jeden Tag eine große Anzahl der Streikenden in den Schächten hineingelassen, bis schließlich keine mehr übrig geblieben sind; so ist für sie der Streik beendet.

Die unteren Behörden tun alles, um die Arbeiter niederzuzwingen. So hatte der Landrat für alle Lokale, in denen Streikbureaus untergebracht wurden, die Polizeihände auf 8 Uhr abends angelegt; auf Anordnung des Oberpräsidenten wurde die Verhaftung angeordnet. Der Herr Amtmann von Greiffeld, Herr von Dönningsen, der eine Gewerbesammlung um 6 Uhr anberaumt, erlebte, daß er mit der Aufstellung des Lokals die Zurücknahme versagen mußte. Am Mittwoch, 3. 11., erhielten die Warte in jenem Anstalt, in Hiegelrode und Waborn, die Verfügung, um 8 Uhr schließen zu müssen, worauf die Warte sich an den Landrat wandten und von diesem die Aufhebung des Mandats versprochen erhielten. Der eine Wirt begab sich zum Herrn Amtmann und bat um die sofortige Zurücknahme des Mandats. Er hörte, wie der Herr Amtmann sich mit seinem Sekretär darüber unterhielt: Welche Begründung sollen wir der Zurücknahme denn nur geben? Wir klammern uns ja, wenn wir nicht eine entsprechende Begründung finden!

Die katholischen Fabrikarbeiter sind zu Streikbrechern geworden.

Außer dem Herrn Wagner treten katholische „Arbeitersekretäre“ im Streikgebiete herzu und halten geschlossene Versammlungen ab, in denen sie den Streik verurteilen und die Sozialdemokratie vom Erdboden hinwegjagen. Und während die im Streikgebiet erscheinenden Blätter die ganze Bewegung kritisch verfolgen, noch kein Streikversammlung mit einer Silbe nicht genossen haben, berichten sie anständig über die „schönen“, außerordentlich interessanten und sehr lehrreichen“ Ausführungen der katholischen „Arbeitersekretäre“. Die Ausführungen sind wirklich so interessant, daß auch wir einiges daraus wiedergeben, um sie zur Kenntnis der deutschen Arbeiterklasse zu bringen. Nach dem „Eisener Tageblatt“ meinte der „Arbeitersekretär“ Müller-Erfurt (nicht Berlin, wie wir erst meldeten) er könnte

„der Gewerkschaft durchaus nicht das Recht absprechen, ihr mißliebige Arbeiter zu kündigen und zu entlassen... Er freue sich, konstatieren zu können, daß circa 99 Prozent aller katholischen Bergleute es abgelehnt hätten, mit den Sozialdemokraten gemeinschaftliche Sache zu machen. Nicht den Arbeitswilligen fehle es an der christlichen Nächstenliebe, weil sie, wie die Sozialdemokraten behaupten, die 45 entlassenen Arbeiter in Heußfeld im Stiche gelassen haben. Die Mehrzahl sei die mangelnde Nächstenliebe auf der Seite zu suchen, die es aber sich gebracht habe, Tausende ehemals zufriedener Bergleute in Not und Elend zu stürzen... Die Arbeiter müßten den sozialdemokratischen Bestrebungen den Rücken kehren, ehe sie Aufnahme fänden. Diese Arbeiter seien dann wohl moralisch verpflichtet, die Streikelder, die der Kapitalist nach den Statuten vom Bochumer Verband nur als Darlehen ausbezahlen könne, zurückzuführen. Doch rechtlich könne sie niemand dazu zwingen... Die wahre Absicht der Sozialdemokraten hierher sei die, Not und Unzufriedenheit unter die Bergleute zu bringen, um gefügige Wähler für die nächste Reichstagswahl zu bekommen... Warum haben die Mitglieder des Bochumer Verbandes im Ruhrgebiet ausschließlich sozialdemokratisch wählen müssen? Es könne nur gewünscht werden, daß die Streikenden ihre Arbeit baldigst wieder aufnehmen, sonst würde die Not ungeheuer werden, und dann könnte wohl der Fall eintreten, daß die Streikenden ihren ganzen Haß auf die Wähler abwälzen und diese für ihr Unglück verantwortlich machen würden, was dann die gerechte Strafe für die gewissenlosen Agitatoren bedeuten und bilden werde.“

Die ganze Rede ist eine Kette von Unwahrheiten, die dem christlichen Herrn wenig zur Ehre gereicht. Soweit sie nicht offensbare Persidien enthält, ist sie dermaßen lüthig und abern, daß sich eine Widerlegung nicht verlohnt. So die Behauptung, daß die Mitglieder des Bochumer Verbandes sozialdemokratisch wählen mußten. Bei der öffentlichen Wahl zum preussischen Landtage haben viele Verbandsmitglieder nicht sozialdemokratisch gewählt. Selbstverständlich hat der Verband niemanden zu irgendwelcher Wahl zwingen können. Doch den Segnern unserer Gewerkschaften sind alle Mittel recht, um ihren Arbeitererrat zu verderben.

# Polizei und Gerichte.

§ Weiße Raben.

Bei einem Streik der Fregelarbeiten in Siegenitz hatten drei Streikende ihren Unmut über das verächtliche Verhalten einiger Mitarbeiter, die weiter arbeiteten, Ausdruck gegeben. Der eine hatte einen Arbeitswilligen gefragt, ob er sich schon einmal am Ringofen die Nase eingestochen hätte; ein anderer hatte gefragt, ob er sich nicht schäme, seinen Kameraden in den Rücken zu fallen und dritte endlich hatte gesagt, daß diejenigen, die das Arbeitszeug der Streikenden beantragen, Prügel verdient hätten.

Die also „Verleibigten“ waren — wahrscheinlich von der Firma — zur Anzeige veranlaßt worden und der Staatsanwalt beantragte dann auch die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen Gewerbevergehens gegen die drei „Lebeltäter“. Das Gericht hat nun aber die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt mit der sehr richtigen Begründung, daß die Ausfertigungen nicht bezweckt hätten, die Angeredeten zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen, sondern nur der Ausdruck des Kerkers darüber gewesen wäre, daß dieselben die Arbeit nicht niedergelegt hätten.

Wenn nur die deutschen Richter öfter einen so vernünftigen Standpunkt einnehmen wollten.

§ Unangenehme Kaffeeer. Am 19. Oktober wurde der frühere Vertrauensmann der Kasseler Sommerda, G. Kaiser, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

# Korrespondenzen.

Zugermünde. Am 29. Oktober tagte im Gasthof „Zur Stadt Zugermünde“ eine Mitgliederversammlung unserer Kasseler, die sehr gut besucht war. Kollege Großmann, Hannover, sprach über das Thema: „Welche Rolle ziehen wir aus dem Streik in der Zuckerraffinerie?“ Der Vortrag, in dem er besonders auf die Befähigung der Organisation hinwies, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es folgte hierauf eine ganze Reihe Aufnahmen in den Verband. Anschließend hieran wollen wir auf die Zustände in der Kasseler Fabrik hier hinweisen, die auch sehr einer Reform bedürftig. Diese aber wird nicht eintreten, wenn nicht unsere organisierten Kollegen in dieser Fabrik dafür Sorge tragen, daß die Mehrzahl der dort Beschäftigten unserm Verbande beigetreten wird. Mehrere Arbeiter haben dort schon die Entlassung erhalten lediglich darum, weil sie sich weigerten, Sonntags 24 Stunden in einer Tour zu machen. Dabei war einer dieser Arbeiter noch krank. Ueberhaupt werden in dieser





